

Berliner Büro
PressestelleReinhardstraße 13
10117 BerlinIhre Ansprechpartnerin
Claudia Beck
Telefon-Durchwahl 030 28 44 47-43
Telefax 030 28 44 47-55
Claudia.Beck@caritas.de
www.caritas.de

Statement

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressekonferenz: 16. Delegiertenversammlung 2016

Statement Präsident Prälat Dr. Peter Neher

Donnerstag, 13. Oktober 2016, Köln

Populismus spaltet

Populisten haben Hochkonjunktur. Neben fünf Landtagswahlen in unserem Land kommen die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten, die noch nicht abgeschlossene Bundespräsidentenwahl in Österreich oder auch die rechtlich gescheiterte Volksabstimmung in Ungarn zur Frage der Aufnahme von Flüchtlingen. In all diesen Abstimmungen sind Flüchtlinge und Zuwanderung ein Thema, das die öffentlichen Debatten nachhaltig bestimmte. Gleiches ist auch bei den Wahlen im nächsten Jahr zu erwarten, wenn in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden gewählt wird.

Auch hier in Köln haben wir uns auf unserer Delegiertenversammlung mit dem Thema Populismus beschäftigt. In zahlreichen Projekten vor Ort erleben wir in der Hilfe für Flüchtlinge eine sehr große Unterstützung. Viele tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Ehrenamtliche engagieren sich, um geflüchteten Menschen dabei zu helfen, in unserem Land anzukommen und Fuß zu fassen. Wir erleben eine außerordentliche Hilfsbereitschaft, die in vielen Kontakten und Begegnungen sichtbar wird. Herr Dr. Hensel kann aus der Praxis berichten, gibt es im Bistum Köln doch das Projekt „neue Nachbarn“.

Doch in der letzten Zeit gab es immer wieder auch Hinweise von Mitarbeitenden der Caritas, die Anfeindungen erleben, weil sie sich für Flüchtlinge engagieren. So wurden ehrenamtliche Helfer beschimpft; vereinzelt wurden Veranstaltungen für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe aufgrund von Hetze abgesagt oder es gab Steinwürfe gegen Migrationsberatungsstellen der Caritas. Die betroffenen Mitarbeitenden haben die Sorge, dass solche Haltungen und Verhaltensweisen gesellschaftsfähig werden. Das darf nicht passieren.

Selten führte ein Thema wie die aktuelle Flüchtlingssituation zu einer so starken gesellschaftlichen Polarisierung. Diese zeigt sich beispielsweise auch in einer Verrohung der Sprache, die mit einem besorgniserregenden Anstieg der Gewaltbereitschaft zusammenkommt. Dem wird gerade da Vorschub geleistet, wo eine Spaltung der Gesellschaft ganz bewusst sprachlich betrieben wird. Die Beispiele dafür brauche ich nicht zu wiederholen.

Was aber kann getan werden? Klar zurückweisen muss man den Anspruch der Populisten, sie und nur sie würden für „das Volk“ sprechen, sie würden den „wahren Volkswillen“ kennen und verkörpern. Aber dass diejenigen, die sich von populistischen Parteien angesprochen fühlen, auch Teil des Volkes sind und möglichst in den politischen Diskurs einbezogen werden müssen, kann man nicht leugnen. Sonst verrät man selbst die Prinzipien einer pluralen Demokratie.

Demokraten haben keine andere Möglichkeit, als Fakten zu präsentieren und zu diskutieren. Zu einer Versachlichung gehört es, die in der Gesellschaft vorhandenen Sorgen und Ängste aufzunehmen, diese aber nicht weiter zu verstärken, sondern sich mit ihnen argumentativ auseinandersetzen. Demokraten müssen deutlich machen, dass eine vielfältige Gesellschaft ein Gewinn ist und der häufig missbrauchte Satz „Wir schaffen das!“ nicht heißt, dass alles einfach sein wird. Es gibt Sorgen und Ängste in der einheimischen Bevölkerung; darüber kann und muss man sprechen.

Klar ist dabei aber auch, dass Hass und Übergriffe niemals geduldet werden können. Es ist die Aufgabe der Politik, der Kirchen und der Zivilgesellschaft, die anstehenden Debatten um die Integration der Menschen, die bei uns eine neue Heimat suchen, ohne Scheuklappen zu führen; und zwar ernsthaft und sachlich.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Dazu wollen auch wir unseren Beitrag leisten. So haben wir auf dieser Delegiertenversammlung für die Jahre 2018 bis 2020 die Caritas-Initiative „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ beschlossen. Mit diesem Schwerpunkt setzen wir fort, was in der aktuellen Demografie-Initiative mit dem Fokus auf Generationengerechtigkeit begonnen wurde.

In einer älter werdenden Gesellschaft und im Zusammenhang mit Zuwanderung entwickeln sich neue Konstellationen, die auch Spannungen auslösen. In Verbindung mit benachteiligten Gruppen (z.B. Menschen in Armut, Wohnungslosen) führt dies zu der Frage, wie Teilhabechancen in der Gesellschaft verbessert werden können. Dabei geht es auch um die gerechte Verteilung staatlicher und privater Ressourcen. Um hier Antworten zu finden, ist das Vertrauen in einer Gesellschaft entscheidend, dass bei politischen Entscheidungen die Belange aller Gruppen in einen gerechten Ausgleich gebracht werden.

Wir nehmen uns mit dieser Initiative viel vor. Wir wollen Werte- und Gerechtigkeitsfragen thematisieren und uns auch mit Haltungen und emotionalen Stimmungen und Ängsten auseinandersetzen. Mit dieser Initiative zum gesellschaftlichen Zusammenhalt wollen wir die gesellschaftspolitische Diskussion befördern. Wenn es gelingt, gemeinsam mit anderen Akteuren Antworten zu finden, die dazu beitragen, Sorgen und Ängste in der Bevölkerung abzubauen und den Zusammenhalt zu stärken, ist viel erreicht.

Geschlechtergerechtigkeit in der Caritas

Kurz möchte ich noch auf ein Thema eingehen, das uns nicht erst in dieser Delegiertenversammlung beschäftigt hat: Die Frage der Geschlechtergerechtigkeit in der Caritas. Das selbstgesetzte Ziel lautet, auf Geschäftsführungs-, Vorstands- und Aufsichtsratsebene eine paritätische Besetzung der Positionen zu erreichen. Rund 82 Prozent der Beschäftigten der Caritas sind Frauen; doch nur 28 Prozent der Positionen in Vorständen und Geschäftsführungen und 27 Prozent der Sitze in Aufsichtsorganen sind von Frauen besetzt (Stand 2015).

Auch wenn damit das Ziel einer paritätischen Besetzung noch lange nicht erreicht ist, zeigt nicht nur die engagierte Debatte in der Delegiertenversammlung wie präsent dieses Thema ist.

Deutscher Caritasverband e.V.

Die Position der Gender-Beauftragten, welche die Vizepräsidentin Frau Dr. Irme Stetter-Karp inne hat, die Stelle einer Referentin für Geschlechtergerechtigkeit beim DCV und die Tatsache, dass der DCV Gründungsmitglied der Initiative „Chefsache“ ist, sind deutliche Belege, wie intensiv wir an dem Thema arbeiten.

Abschließend möchte ich festhalten, dass es eine dauerhafte Aufgabe für die Kirche und ihre Caritas bleibt, sich mit ihren Analysen und Lösungsvorschlägen für eine gerechtere und menschenfreundlichere Gesellschaft einzusetzen, diese in die Politik einzubringen und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Dabei wird es auch immer wieder notwendig sein, sich dort einzusetzen, wo staatliche Regelungen nicht greifen. „So ist also die Caritas der Dampf in der sozialen Maschine.“ Sie ist ‚Trägerin der sozialen Versöhnung‘ und ‚Pfadfinderin [...] für staatliche und gesetzgeberische Maßnahmen.“ So Lorenz Werthmann, dessen „Caritasverband für das katholische Deutschland“ am 23. August 1916, also vor nunmehr 100 Jahren, von den deutschen Bischöfen als legitime Zusammenfassung aller katholischen Sozialeinrichtungen anerkannt wurde. In dieser Tradition steht der Deutsche Caritasverband bis heute und fühlt sich seinem Gründungsimpuls verpflichtet.

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident